

12 Fragen der Forums-AG Wohnen an die Kommunalpolitiker zur Kommunalwahl 2025:

1. Welche Maßnahmenvorschläge aus dem städtischen Handlungskonzept Wohnen zugunsten bezahlbaren Wohnens sollen aus Ihrer Sicht als erste umgesetzt werden?
 - a. **Wir möchten ungern eine pauschale Priorisierung vornehmen, sondern fallbezogen jeweils die objektiv klügste Lösung auf den jeweiligen Flächen / in den jeweiligen Gebieten unterstützen. Ganz grundsätzlich können wir uns die Schließung von Baulücken, die Arrondierung an bestehende Baustrukturen, den Dachgeschossausbau und die Hinterlandbebauung als geeignete Instrumente vorstellen.**
2. Welche Konzepte und Vorgaben (Quoten) zur Belebung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in Haltern werden von Ihnen vorgeschlagen?
 - a. **Der öffentliche geförderte Wohnungsbau wird durch die dafür bereitgestellten Mittel des Landes belebt. NRW stellt bereits Mittel in Rekordhöhe bereit und ist Vorreiter im Bundesvergleich. Trotzdem sind die Töpfe leer und bereits mehrfach überzeichnet. Bei größeren Bauprojekten sind in Haltern am See in den letzten Jahren Fördermittel eingeflossen und das wird auch zukünftig so sein müssen, weil sich größere Bauprojekte aktuell anders gar nicht mehr wirtschaftlich darstellen lassen. Stadtseits befürworten wir Kooperationen wie beispielsweise mit der katholischen Kirche im Bereich „Auf der Lings“, um unsere Bedarfe für sozialen Wohnungsbau nach 2025 auch in 2026 zu erfüllen.**
3. Mit welchem Konzept soll das Problem der Wohnungslosen und Obdachlosen in der Stadt angegangen werden?
 - a. **Zunächst gilt es festzustellen, dass wir glücklicherweise verhältnismäßig wenig Obach- und Wohnungslose in Haltern haben. Die Stadt stellt in ihrer Anzahl und Qualität ausreichende Unterkünfte zur Verfügung. Freiwillige Angebote wie die**

Notschlafstelle im geplanten Laurentius Campus werden dieses Angebot abrunden. Ergänzend möchten wir hervorheben, dass das Vorhandensein von Obdachlosigkeit nicht zwingend auf fehlende Unterkünfte oder fehlende Konzepte schließen lässt, zumal es auch Fälle freiwilliger Obdachlosigkeit gibt. Der Allgemeine Soziale Dienst ist als fachkundiger Ansprechpartner vor Ort eingebunden und kümmert sich im Einzelfall.

4. Wie sollen alternative/gemeinnützige/genossenschaftliche Wohnprojekte und Initiativen in der Stadt unterstützt und gefördert?
 - a. **Die Projekte Leben in Nachbarschaft (Lina eG) und Bunt es Wohnen wurden und werden weiterhin bei bauplanungsrechtlichen und sonstigen Fragestellungen unterstützt, um ein breites Wohnangebot für Halterner Bürger zu ermöglichen. Das gilt auch für künftige Projekte dieser Art.**
5. Werden Sie sich für die Gründung einer städtischen/genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaft einsetzen? Können Sie sich eine Kooperation mit gemeinnützigen/genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften der Nachbarstädte vorstellen oder eine Neuausrichtung der städtischen FEG?
 - a. **Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass die öffentliche Hand in diesem Sektor meistens nicht wirtschaftlich unterwegs ist. Die Aufwendungen zum Aufbau und Unterhalt der notwendigen Unternehmensstruktur stünden in keinem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen aus den dann verhältnismäßig wenigen Bauprojekten. Daher sollte dem privaten Markt der Vorzug gegeben werden. Lokale und regionale private Anbieter stärken zudem durch ihr Handeln letztlich auch die heimische Wirtschaft. Die FEG ist keine Wohnungsbaugesellschaft, sondern eine Flächenentwicklungsgesellschaft. Diesen Zweck soll sie auch zukünftig unverändert erfüllen.**
6. Wie soll die künftige städtische Grundstücksvorratspolitik (unter Einbezug des Vorkaufsrechtes) aus Ihrer Sicht erfolgen?
 - a. **Zunächst gilt es festzustellen, dass das städtische Vorkaufsrecht kein Blankoscheck ist, alle gewünschten und angebotenen**

Grundstücke kaufen zu dürfen; die Ausübung unterliegt den einschlägigen, nicht unerheblichen rechtlichen Restriktionen. Zudem müssen wir bei Grundstückankäufen immer auch unsere Finanzsituation im Blick behalten – insbesondere, wenn wir die Grundstücke vergünstigt abgeben möchten. Wir konnten jedoch in den letzten Jahren z.B. in Sythen nennenswerte Flächen sichern und auch Grundstückstauschgeschäfte sind für uns interessant. Wir behalten das Ziel bei, auch in Zukunft Flächen zu bevorraten, wenn es sich umsetzen lässt.

7. Wie ist Ihre politische Haltung zur Grundsteuer „C“?
 - a. **Die Grundsteuer C lehnen wir ab. Anders als in anderen Städten gibt es hier keine Konzerne, die eine große Zahl bebaubarer Grundstücke aus Spekulationsgründen zurückhalten. Es sind überwiegend Bürger, die aus privaten Gründen ein Grundstück (vorerst) nicht bebauen möchten. In dieses Eigentumsrecht möchten wir nicht eingreifen, zumal die Vorgaben der Grundsteuer C leicht umgangen werden können, was den möglichen Nutzen dieser Steuer in Haltern als sehr fragwürdig erachten lässt. Im Ergebnis entstünde ein weiterer Bürokratieaufbau und wir würden jetzt schon vergleichsweise hoch belastete Grundstückseigentümer zusätzlich belasten.**
8. Wie sollte nach Ihren Vorstellungen die Stadt die besonderen Bedarfe Älterer nach stadtnahen, barrierefreien Wohnungen berücksichtigen?
 - a. **Es sollten Projekte mit kleinen, bezahlbaren und seniorenrechtlichen Wohnungen unterstützt werden. Auch ein Austausch zu Projekten wie „Jung kauft alt“ ist denkbar.**
9. Wie soll aus Ihrer Sicht der Bedarf junger Familien nach größeren bezahlbaren Wohnungen berücksichtigt werden?
 - a. **Wir können als Kommune nur bedingt Einfluss nehmen. Es muss deutschlandweit mehr gebaut werden und die Baustandards überdacht werden. Nur so kann über den Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage der Preis auch für große Wohnungen im Bestand gesenkt werden. Mehr Baulandfläche würde uns in**

Haltern helfen. Die Annahme, es könnten aktuell große Wohnungen für Familien zu günstigen Preisen als Neubau entstehen, ist aus Sicht von Baufachleuten vollkommen unrealistisch.

10. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass die wenigen verfügbaren Flächen für genau diese Bedarfe genutzt werden?

a. Der Stadtrat hat bereits in der Vergangenheit genau solche Vorgaben gemacht, um einzelne Gruppen nach sozialen Kriterien zu bevorzugen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, das auch zukünftig zu tun. Die Ausgestaltung der Priorität ist von den jeweiligen Flächen im Einzelfall abhängig.

11. Welche Anstrengungen sollte die Stadt unternehmen, um auch außerhalb des Bahnhofsbereiches Quartierswohnen zu realisieren?

a. Das hängt immer von den zur Verfügung stehenden Flächen ab. Im Einzelfall ist mit Flächeneigentümern ein Konsens anzustreben.

12. Würden Sie die Initiierung neuer Wohnprojekte bzw. die Unterstützung bestehender Initiativen durch die Stadt befürworten?

a. Ja, gute Ideen werden von uns immer unterstützt.

Fragen der Forums-AG Demokratie an die Kommunalpolitiker zur Kommunalwahl 2025

1. Unterstützen Sie mit Ihrer Partei die Einrichtung eines solchen Beteiligungsgremiums für Kinder und Jugendliche (in Kooperation mit den Schulen und Vereinen) auch in Haltern?
 - a. **Als CDU binden wir junge Leute in den Stadtrat oder als sachkundige Bürger in die „echte“ Kommunalpolitik ein. Warum sollte man sie stattdessen in Nebengremien ohne echte Entscheidungskompetenz schicken.**

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass eine große Zahl junger Menschen, die langfristig an einem KiJuPa interessiert sind, nicht vorhanden sind. Das ist bedingt durch andere Freizeitbeschäftigungen und Schule/Ausbildung/Studium auch nachvollziehbar.

Unser Fokus liegt vielmehr auf der Stärkung und Ausweitung anlassbezogener Beteiligungsformate wie bei der Umsetzung des Skateparks oder auch der Unterstützung der Politik-AG des Gymnasiums anlässlich der Kommunalwahl. Auch im Bürgerrat haben wir Wert darauf gelegt, dass junge Menschen immer mit vertreten sind.

2. Welche Konzepte und Vorstellungen haben Sie und Ihre Partei in Haltern für künftige demokratische Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche in den verschiedenen Bereichen und Zusammenhängen vor Ort? Wären Sie bereit, finanzielle und personelle Ressourcen seitens der Stadt für diese wichtigen Aufgaben vorzuhalten?
 - a. **Die personellen und finanziellen Ressourcen für die Durchführung von anlassbezogenen Beteiligungsformaten im Workshop-Format sind bei Bedarf aufzustocken, um eine konkrete Teilhabe weiter zu unterstützen. Die bisherige Erfahrung bestärkt uns darin.**

Ressourcen für ein KiJuPa ohne tatsächliche Entscheidungskompetenzen oder konkrete Vorhaben halten wir ebenfalls aus der Erfahrung heraus für nicht zielführend. Dies würde

nur die bereits von Ihnen beschriebene Politikverdrossenheit weiter fördern.